



Protokoll genehmigt

Sitzungsleitung: Leopold Jaroljmek, Theresa Plauk
Protokoll: Franziska Herbert

Sitzungsbeginn: 19:07 Uhr
Sitzungsende: 21:35 Uhr

TOP 0: Genehmigung der Tagesordnung

- Timo Meyer hat einen Eilantrag wegen seiner AE über den StuPa- Verteiler geschickt und möchte diesen gerne als TOP 5 behandeln, es gibt keine Gegenrede, also wird die Tagesordnung entsprechend geändert.
- Stephan Voeth stellt einen Antrag, dass sein Antrag unter „Anträge von Gästen“ behandelt werden soll, da es keine Gegenrede gibt, wird der Antrag angenommen und entsprechend in die Tagesordnung eingefügt.
- Philipp Krämer hat um 20 Uhr einen Termin und stellt den Antrag, seine Resolution unter „Anträge von Gästen“ zu behandeln -> Gegenrede von Johanna, dass die Geschäftsführer des 60,3 qm gekommen seien und deshalb nicht so lange warten sollten. -> Abstimmung über die Verschiebung der Resolution von Philipp Krämer in TOP 3

Antrag von Philipp Krämer wurde wie folgt angenommen

Dafür:	16
Dagegen:	1
Enthaltung:	10

Abstimmung über die Genehmigung der Tagesordnung:

TOP 1:Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2:Genehmigung des Protokolls vom 21.04.2016

TOP 3:Mitteilungen des Präsidiums

TOP 4:Anträge von Gästen

4.1:AG Fahrrad

4.2:Resolution Salzborn

TOP 5:Bericht aus den Gewerben - 60,3 qm

TOP 6:Beratung über Berichte

TOP 7:AE Erhöhung

TOP 8:Wahl Ältestenrat

TOP 9:1. Nachtragshaushalt 2016

TOP 10:Weitere Anträge und Resolutionen

10.1:Kailitz Resolution

TOP 11: Sonstiges

Die Tagesordnung wurde **mehrheitlich angenommen**.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 21.04.2016

19:20 Uhr

Anmerkung von Klara Saary, dass das Protokoll bitte eine Woche nach der Sitzung per E-Mail über den Verteiler versandt werden soll.

Protokoll vom 21.05.2016 öffentlich

Wie folgt genehmigt:

Dafür:	11
Dagegen:	0
Enthaltung:	18

Protokoll vom 21.05.2016 nicht öffentlich

Da es keine Anmerkungen bzw. Verbesserungen zum Protokoll gab, wurde die Öffentlichkeit nicht zur Beratung des Protokollabschnitts ausgeschlossen.

Wie folgt genehmigt:

Dafür:	14
Dagegen:	0
Enthaltung:	15

TOP 2: Mitteilungen des Präsidiums

19:29 Uhr

Das Präsidium weist darauf hin, dass Personen die das StuPa vorzeitig verlassen, sich bitte in der Anwesenheitsliste austragen sollen.

TOP 3: Anträge von Gästen

19:36 Uhr

3.1 Antrag der AG Fahrrad (präsentiert von Stephan Voeth):

Fragen zum Antrag:

Armin Alizeh fragt, was es bedeute, dass die Kooperation mit den Grünen gut gelaufen sei. Stephan Voeth antwortet, dass die Grünen die Aktion finanziell unterstützt haben und es eben eine gute Kooperation gab.

Philipp Krämer fragt, ob es nicht sinnvoll sei auch andere Akteure, z.B. andere Parteien einzubinden. Stephan Voeth berichtet, dass es nicht genug Platz gebe, damit alle Parteien einen Stand bekämen. Man könnte natürlich darüber nachdenken, ob man einen Stand für alle Parteien mache. Aber es sei auch nicht so gedacht, dass die Parteien dort Werbung machen.

Antrag wie Folgt angenommen:

Dafür:	26
Dagegen:	1
Enthaltung:	4

3.2 Salzborn Resolution (vorgestellt von Philipp Krämer):

Es gibt keine Einwände bezüglich der Eile, weshalb nicht über die Eile abgestimmt

werden muss.

Erklärung und Fragen zum Antrag:

Philipp Krämer erklärt die Resolution nochmal kurz.

Andreas Ewald fragt warum das Präsidium der Universität Göttingen nicht mit aufgefordert wird, sich für den Erhalt der Professur einzusetzen. Philipp Krämer möchte das aufnehmen und im letzten Satz der Resolution wird noch „das Präsidium der Universität Göttingen“ hinzugefügt.

Christian Fahr hat redaktionelle Anmerkungen. Daraufhin wird Zeile 34 geändert.

Elisabeth Steckner fragt was die Gründe für die nicht-Verlängerung der Einstellung von Prof. Slazborn sind. Philipp Krämer antwortet, dass keine Gründe angegeben wurden.

Matthias Bonarens sagt, dass Zeile 41/42 zu „krass“ wirke. Er würde gerne konkretisieren, was der ideologische Eingriff wäre. Der Satz wird wie folgt geändert „ ... das wäre ein ideologische Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft“

Stefan Pilot fragt, wie Professor Slazborn dazu beiträgt die NSU-Morde aufzuklären bzw. diese Aufklärung voranzubringen? Philipp Krämer antwortet, dass es primär um die Verfehlungen des Verfassungsschutzes gehe und Prof. Salzborn eine Dokumentation dazu entwickelt habe. Es gibt eine kurze Diskussion darüber, ob die Aufklärung der Morde und die Verfehlungen des Verfassungsschutzes das Gleiche seien. Der daraus entstehende Änderungsantrag lautet wie folgt in Zeile 45/46 „Verwicklungen des Verfassungsschutzes“

Gegenrede Armin Alizadeh Zeile 46 soll nicht geändert werden, denn so würde es nur um die Verwicklungen des Verfassungsschutzes gehe und nicht um die Aufklärung der Morde allgemein. Er plädiert für Ablehnung des Antrages von Stefan Pilot.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Stefan Pilot (Zeile 46). Der Änderungsantrag wird wie folgt abgelehnt:

Dafür:	9
Dagegen:	12
Enthaltung:	7

Stefan Pilot hätte gerne noch die Solidarität mit dem Fachschafsrat in Göttingen bekunden. Philipp Krämer stimmt zu und ändert seine Resolution wie folgt in Zeile 49/50 „und zeigen uns mit den gleichlautenden Forderungen des Fachschafsrates der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen solidarisch.“

Julian Haas hat folgenden Änderungsantrag hinter Zeile 7: „Weiterhin erklären wir uns solidarisch mit dem Fachschafsrat der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen und unterstützen deren offenen Brief zur Thematik.“ Dieser Antrag wurde von Philipp Krämer so übernommen.

In Zeile 6 wird „Professor“ zu „Professur“ geändert.

Kurze Diskussion ob das Konstrukt „Machenschaften, Verstrickungen und Netzwerke“ antisemitisch sei.

Resolution wird wie folgt angenommen:

Dafür:	29
Dagegen:	0
Enthaltung:	0

TOP 4: Bericht aus den Gewerben - 60,3 qm

Ab 20:00 Uhr

Jan Priess, Bereichsleiter im 603 qm, berichtet über den Zwischenstand im Umbau des Protokoll Studierendenparlament TU Darmstadt

früheren 603 qm. Es sei gerade sehr viel Interesse am Projekt. Es habe schon Vortreffen mit Interessierten gegeben. Es soll einen neuen Gesamtnamen geben. Die Räume sollen weiter mit Qm bezeichnet werden. Diese werden bald veröffentlicht. Die erste Party wird leider nicht die Silvesterparty sein, es wird etwas länger dauern. Der Betrieb im Café 60,3 qm bleibt bis Dezember erhalten. Daraus ergibt sich eine Änderung im Haushalt, die Armin Alizadeh später unter dem TOP Nachtragshaushalt erklären wird. Die Zusammenarbeit mit dem AStA und die Rückmeldung der Interessierten sind sehr positiv. Es gibt eine Nachfrage nach der Biersorte. Die Entscheidung welche Biersorte gewählt wird, laufe offen, denn dadurch könne man noch Geld rein bekommen, aber Wertevorstellungen und Lieferbedingungen werden bei der Auswahl auch berücksichtigt werden.

TOP 5: Beratung über Berichte

Ab 20:07 Uhr

Zwei Fragen von Klara Saary:

1) Gehört die akademische Selbstverwaltung in die Berichte?

Antwort Johanna Saary: Nein.

Jakob Rimkus: Da wo der AStA sich in der akademischen Selbstverwaltung einbringt und beeinflusst, sollte das auch in die Berichte. Ob der AStA sich da einbringen sollte, dafür könne man für und wider finden und im StuPa diskutieren.

Armin Alizadeh: Der AStA berate über diese Frage und werde die Ergebnisse mitteilen.

Julian Haas: Er sehe die akademische Selbstverwaltung als Teil seiner Aufgaben, wie z.B. den SL. So würden diese Themen auch im StuPa berichtet.

Matthias Bonarens: Das sei eine Vermischung der Verpflichtungen und Gewalten, was zu Konflikten führen könne. Julian Haas antwortet darauf, dass es bisher für ihn diesen Konflikt nicht gegeben habe, aber er sehe durchaus den Punkt und die Problematik.

2) Wie hat sich David Meier-Arndt am SL bei EFV eingebracht habe?

David sagt, dass er die Unterlagen gelesen habe und bei einem Vortreffen dabei gewesen sei. Bei der Sitzung sei er nicht dabei gewesen.

Andreas Ewald weist darauf hin, dass der AStA seine Plätze im Senat wahrnehmen sollte, was bei der letzten Sitzung nicht geschehen war. Johanna Saary entschuldigt sich im Namen des AStA dafür und erklärt, dass es Terminüberschneidungen gegeben habe.

TOP 6: AE Erhöhung

Ab 20:15 Uhr

Antrag von Timo Meyer auf die Erhöhung seiner AE von 200 auf 300 Euro. Der Hintergrund sei, dass Timo leider nicht mehr nebenbei Arbeiten würde, da der Job, den er bis jetzt gemacht habe nicht weiter „gehe“. Deshalb brauche er zum Leben zusätzlich zum Bafög etwas mehr AE. Die Erhöhung soll rückwirkend zum 1.05. geschehen.

Frage von Gerrit Wagner: Ist der Topf groß genug, damit das geleistet werden kann?

Armin Alizadeh und Sebastian Gabele bejahen dies.

Der Antrag wird wie folgt angenommen:

Dafür:	22
Dagegen:	0
Enthaltung:	7

TOP 7: Wahl Ältestenrat

Ab 20:22 Uhr

Personenwahl

Zur Wahl stehende Personen:

- Christian Bölling wird als Kandidat vorgeschlagen

Christian Bölling wurde in einer geheimen Personenwahl wie folgt gewählt:

Ungültige Stimmen: 1

Gültige Stimmen: 26

Ja:	19
Nein:	4
Enthaltung:	2

TOP 8: 1. Nachtragshaushalt

Ab 20:33

Da Armin Alizadeh nicht da ist, stellt Andreas Ewald einen GO Antrag auf Behandlung von TOP 9a zuerst. Es gibt eine Gegenrede.

Abstimmung über den GO Antrag. GO Antrag wird wie folgt angenommen:

Dafür:	16
Dagegen:	3
Enthaltung:	4

Behandlung von TOP 8

Ab 21:28

Armin Alizadeh erklärt den Antrag nochmal kurz.

Nachtragshaushalt wie folgt angenommen:

Dafür:	26
Dagegen:	0
Enthaltung:	1

TOP 9: Weitere Anträge und Resolutionen

TOP 9.1 Kailitz Resolution

Ab 20:35

Wird auf GO Antrag vor TOP 8 behandelt (siehe Top 8).

Die Resolution wurde nicht per Mail rumgeschickt, liegt aber als Tischvorlage vor.

Armin Alizadeh begründet die Eile damit, dass sich in den letzten Tagen wichtige Verbände zu dem Thema geäußert haben, weshalb sich das StuPa damit beschäftigen sollte. Keine Gegenrede gegen die Eile.

Armin Alizadeh bringt die Resolution ein und erläutert diese nochmal kurz.

Frage zum näheren Bezug zur TU Darmstadt. Antwort: Der Bezug ergeben sich daraus, dass wir alle angehende Akademikerinnen seien und sich die Studierendenschaft mit rechtsextremistischen Tendenzen auseinandersetzen sollte. Dies würde im AStA auch geschehen.

Änderungsantrag von Stefan Pilot: Zeile 34 ab „Partei“ bis Zeile 38 „verteidigen“ streichen.

Änderungsantrag zum Änderungsantrag von Klara Saary über die Ersetzung von Zeile 34 bis 38 mit folgendem Text:

„Dem Antrag auf die einstweilige Verfügung gegen Kailitz wurde stattgegeben. Uns scheint es nicht vertretbar, dass durch den Beschluss die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Forschung beschnitten wird zu Gunsten der Befindlichkeit einer Partei. Zudem werden hierdurch auch Kailitz Aussagen innerhalb des NPD-Verbotsverfahrens herabgestuft beziehungsweise verhindert.“

Es folgt eine Diskussion über die rechtliche Richtigkeit und Gerechtigkeit der einstweiligen Verfügung, sowie über die rechtliche Praxis und die Stellung des Zivilrechts.

Stefan Pilot zieht seinen Antrag zurück.

Diskussion über den Änderungsantrag von Klara Saary.

Armin Alizadeh übernimmt den Änderungsantrag von Klara Saary.

Diskussion darüber, ob das StuPa dazu in der Lage sei die rechtliche Entscheidung zu bewerten und ob es sinnvoll ist sich zu einem laufenden Gerichtsverfahren auf der rechtlichen Ebene zu äußern.

Klara Saary stellt einen GO Antrag auf Schließung der Redeliste. Formale Gegenrede.

GO Antrag wurde **mehrheitlich angenommen**.

GO Antrag von Andreas Ewald auf wieder Öffnung der Redeliste. Formale Gegenrede.

GO Antrag von Andreas Ewald wurde wie folgt abgelehnt:

Dafür:	6
Dagegen:	10
Enthaltung:	8

Abstimmung über die gesamte Resolution. Die Resolution wird wie folgt angenommen:

Dafür:	21
Dagegen:	5
Enthaltung:	1

Persönliche Erklärung von Stefan Pilot:

Erklärung zum Abstimmungsverhalten:

Auch wenn ich inhaltlich mit der Resolution d'accord gehe, stimme ich mit "Nein", weil ich der Meinung bin, dass das Studierendenparlament keine Resolutionen treffen sollte, deren Inhalte in gleicher Art bereits Gegenstand breiter öffentlicher Debatten sind, insbesondere, wenn zur Begründung der Resolution eine umfangreiche Erörterung notwendig wäre, die anzustellen dem Studierendenparlament die Kompetenzen fehlen.

TOP 10: Sonstiges

Ab 21:33 Uhr

Nachfrage was mit dem Rechnungsprüfungsausschuss sei. Dieser trifft sich kurz nach der Sitzung.

Zur Hochschulwahl soll es einen gemeinsamen Pavillon für alle Listen geben, an dem sich alle politischen Hochschulgruppen vorstellen können und der immer (zu den Öffnungszeiten der Mensa) besetzt sein soll.

Armin Alibazeh fand die Sitzung strukturierter und sah eine gute Entwicklung.

Jakob Rimkus gibt bekannt, dass der AStA einen Prozess aufsetzt, um zu prüfen ob die Belastung der gewählten AStA Referentinnen mit Verwaltungsaufgaben zu hoch sei und wie man diese Belastung reduzieren könne.

Anwesende:

Fachwerk

Klara Saary
Julian Haas gegangen um 20:26 Uhr
Teresa Plauk
René Heber vertreten durch Stefan Pilot
Philip Krämer (Gegangen um 20:00 Uhr)
Mario Di Schiena

Campusgrüne

Lara Görtz-Mann vertreten durch Jakob Rimkus
Andreas Ewald
Johanna Saary
Leopold Jaroljmek
Franziska Herbert
Alexander Lang vertreten durch Christian Fahr

Ing+

Matthias Bonarens
Paul Seidel vertreten durch Gerrit Wagner
Vera Elisabeth Steckner
Timm Siesel gegangen um 21:31 Uhr
Christoph Möller vertreten durch Marcel Neu
Patrick Keck
Martin Edelbluth

Marcel Neu vertreten durch Veronika Spieker
Christian Nowak
Anne Schubert
Tim Jacob vertreten durch Anatoly zaiat
(gegangen um 20:56)
Aron Thomas Hartmann

JUSOS

Armin Alizadeh
Lisa Dönges
Jean Michel Zapf
Veli Köksal

SDS

Malte Fuchs
Jörg Tietze vertreten durch Lasse Stelzer
Nicolas Schickert

Gäste

Timo Meyer, AStA (gegangen um 20:43 Uhr)
David Meier-Arndt, AStA
Sebastian Gabele, AStA

Jan, Bereichsleiter 60,3 qm

Anlagen

Anträge und Resolutionen nach TOPs geordnet:

1. Antrag zu TOP 3.1 : Fahrradaktionstag

Fahrradaktionstag 29. Mai 2016 Antrag an das Studierendenparlament

Sehr geehrte Mitglieder des Studierendenparlaments,
die AG Fahrrad Darmstadt veranstaltet in diesem Jahr am 29. Mai den Fahrradaktionstag Darmstadt auf dem Marktplatz. Formaler Veranstalter ist der ADFC Darmstadt e.V. Wir beantragen: Das Studierendenparlament möge einen Verlustkostenausgleich bis maximal 1000,00 € für den Fahrradaktionstag 2016 beschließen. Die Kostenabwicklung erfolgt über den AStA.

Begründung:

Die AG Fahrrad hat sich in diesem Jahr entschieden nicht weiter mit der Partei B90/Grünen Darmstadt zusammen zu arbeiten. Während diese Kooperation auch einige Vorteile mit sich brachte sahen wir es als notwendig an eine parteiunabhängige Veranstaltung zum Thema Radverkehr anzubieten. In diesem Zuge fallen uns leider auch die Zuschüsse der Partei weg. Während wir nicht mit großen Verlusten rechnen, sind Teile unserer Kalkulation, wie bei vielen Veranstaltungen, von (Spenden-)Einnahmen abhängig. Um daher den ehrenamtlichen Veranstalter*innen und Verbänden Planungssicherheit zu geben würden wir uns über eine entsprechende Zusicherung freuen. Eine Finanzkalkulation sowie weitere erläuternde Informationen haben wir angehängt.

gez.

i.A. Stephan Voeth

Einnahmen (Schätzung)		Ausgaben (Schätzung)	
Fahrradwaschanlage und Spenden	350,00 €	Plakate und Werbung	400,00 €
Standgebühr (Aussteller*innen)	1.000,00 €	Verpflegung ehrenamtl. Helfer*innen	150,00 €
Übernahme Genehmigungen (Stadtmarketing)	300,00 €	Absperrungen (Flutterband/Gitter)	350,00 €
		Genehmigungen (Markt/Zufahrt)	300,00 €
		Fahrradwaschanlage (Miete und Transp.)	400,00 €
		Transportfahrzeuge	120,00 €
		Versicherung	150,00 €
		Sonstige Kosten/Kleindrucksachen	200,00 €
Gesamteinnahmen	1.650,00 €	Gesamtausgaben	2.070,00 €
Fehlbetrag	-420,00 €		

Fahrradaktionstag 29. Mai 2016

weitere Informationen

Die AG Fahrrad ist ein freier Zusammenschluss verschiedener Organisationen und Privatpersonen die den Radverkehr in Darmstadt durch Aktionen fördern wollen.

Der AG Fahrrad gehören u.a. an: ADFC Darmstadt, AStA TU-Darmstadt, BUND Darmstadt, Hochschulgruppe Nachhaltigkeit, IVDA e.V., Lokale Agenda 21, Werkhof Darmstadt und Werkstatt Süd sowie einige Privatpersonen

Aussteller am Fahrradaktionstag sind:

ADFC (Fahrradcodierung)*, DADINA, BUND Jugend*, book-n-drive, Citybike, Bike Store Ostbahnhof, Radlermobil, WoogRad, eeeMotion, Entega, Futurrad, Greenpeace, Der Mover, Velocity, riese & müller, RMV, Spärrad/Radhaus, zwanzig* (Fahrradcheck)*, Werkhof Darmstadt (Fahrradflohmarkt)*, Wissenschaftsstadt Darmstadt



* auch Organisatoren



Eine Aktion der AG Fahrrad, getragen von:



2.Resolution zu TOP 3.2: Salzborn Resolution

Resolution des Studierendenparlaments der TU Darmstadt

Das Studierendenparlament möge folgende Resolution beschließen:

Das Studierendenparlament der TU Darmstadt fordert die geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereiche der TU Darmstadt auf, sich für den Erhalt der Professur für Grundlagen der Sozialwissenschaften an der Uni Göttingen mit der Besetzung Samuel Salzborns auszusprechen. Weiterhin erklären wir uns solidarisch mit dem Fachschaftsrat der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen und unterstützen deren offenen Brief zur Thematik.

Prof. Dr. Samuel Salzborn ist einer der profiliertesten Vertreter der Antisemitismusforschung im deutschsprachigen Raum und auch weltweit. Somit hat die Universität Göttingen mit ihm einen herausragenden Forscher im Exzellenz-Cluster „Doing and undoing Religion“. Antisemitismus ist eine Ideologie, die häufig unwissenschaftlich besprochen wird. Umso mehr bedarf es einer seriösen Forschung auf dem Gebiet, die Salzborn mit seinen Erkenntnissen maßgeblich beeinflusst hat.

Auch im Bereich der Rechtsextremismusforschung ist Prof. Dr. Salzborn ein renommierter Wissenschaftler, der mit einigen Veröffentlichungen zum Thema aufwarten kann. In Zeiten von PEGIDA, brennenden Flüchtlingsunterkünften, einer erstarkenden AfD und dem bald fünfjährigen Bekanntwerden des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), dessen Machenschaften, Verstrickungen und Netzwerke bis heute nicht vollständig aufgeklärt und erst recht nicht wissenschaftlich aufgearbeitet sind, stellt die Entscheidung des Präsidiums der Uni Göttingen, seinen Vertrag nicht zu verlängern, ein verheerendes politisches Signal dar.

Skandalös wird das Vorgehen, wenn man beachtet, dass Salzborn in den vergangenen Monaten das Konzept für eine an der Universität Göttingen angesiedelte wissenschaftliche Dokumentationsstelle „Demokratie- und Menschenfeindlichkeit“ für die niedersächsische Landesregierung entwickelte und als deren Leiter im Gespräch war. Sie soll die Arbeit des Verfassungsschutzes kritisch hinterfragen und Transparenz schaffen. Damit sollen die Lehren aus dem Versagen der Verfassungsschützer während der NSU-Morde gezogen werden. Die Besetzung muss nun durch eine andere Person erfolgen.

Auch da kein Grund, wie schlechte Lehre oder ähnlichem, gegen die Verlängerung der Stelle von Prof. Dr. Samuel Salzborn spricht, muss von einer politischen Motivation ausgegangen werden, die hinter der Entscheidung des Präsidiums steht. Sie steht für eine voranschreitende vermeintliche Entpolitisierung von Wissenschaft, die aber das Gegenteil bewirkt und einfach nur noch die herrschende politische Meinung zulässt. Das wäre ein ideologischer Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft und wird daher auch für den wissenschaftlichen Diskurs der TU Darmstadt relevant.

Zudem setzt sich die Studierendenschaft für eine lückenlose Aufklärung der NSU-Morde ein, die Salzborn sicherlich sinnvoll voran bringen würde.

Wir sind empört über das Verhalten des Präsidiums der Universität Göttingen und fordern, den Vertrag mit Prof. Dr. Salzborn zu verlängern und zeigen uns mit den gleichlautenden Forderungen des Fachschaftsrats der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen solidarisch.

3.Antrag zu TOP 6: AE Erhöhung

Antrag an das Studierendenparlament 23.05.16

Antragsteller: Timo Meyer

Das Studierendenparlament möge beschließen: Die Aufwandsentschädigung des Referats für Öffentlichkeitsarbeit und Personal ab sofort von 200 € auf 300 € zu erhöhen.

Begründung:

Die Aufwandsentschädigung bemisst sich an zwei Größen: Zeitaufwand und Bedarf. Bisherige Einnahmequellen zur Finanzierung meines Lebensunterhaltes sind weggefallen, sodass die genannte Erhöhung diese Verluste ausgleichen kann.

4. Antrag zu TOP 8: 1. Nachtragshaushalt

Antrag zur Änderung des „Haushalt der Studierendenschaft der TU Darmstadt für das Haushaltsjahr 2016“, 1. Nachtrag 2016

Antragssteller: AStA TU Darmstadt

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Der Haushalt der Studierendenschaft der TU Darmstadt für das Haushaltsjahr 2016 wird gemäß der Vorlage F03 angepasst.

Begründung:

Der politische Verwaltungshaushalt der Studierendenschaft für das laufende Geschäftsjahr wird gemäß der Vorlage F03 wie folgt geändert:
(Pos., Kst., Titel, Änderung)

EINNAHMEN

1.2 10201 Kapitalertrag auf 10 € absenken (- 490 €)

1.3 10401 Parktickets auf 13,4 T€ erhöhen (+ 5.400 €)

AUSGABEN

7.2 20702 Zeitung des AStA auf 4 T€ anheben (+ 500 €)

7.5 20705 externe Designaufträge auf 3,5 T€ absenken (- 500 €)

11 21701 Parktickets auf 13,4 T€ erhöhen (+ 5.400 €)

Zu Punkt 1.2:

Durch die aktuell sehr niedrigen Zinszahlungen ist mit keinem Nennenswerten Kapitalertrag zu rechnen. Die Nachbetrachtung des Haushalts 2015 hat dies bestätigt.

Zu Punkt 1.3 und 11:

Die Nachbetrachtung des Haushalts 2015 hat eine Abweichung vom angenommenen Betrag aufgezeigt. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Referat wird dieser durchlaufende Posten von 8.000 € auf 13.400 € erhöht. Die Bilanz in diesem Punkt bleibt gleich. (0€)

Zu Punkt 7.2 und 7.5:

Durch das neue Zeitungsformat haben sich die Druckkosten für das Lesezeichen erhöht. Daher wird vorerst vom noch kaum belasteten Topf „externe Designaufträge“ umgeschichtet. Die Gesamtausgaben im Abschnitt 7 bleiben unberührt. (17.500€)

Der gewerbliche Verwaltungshaushalt der Studierendenschaft für das laufende Geschäftsjahr wird gemäß der Vorlage F03 geändert:

Zum Schlosskeller/Schlossgarten:

Durch die verzögerten Umbaumaßnahmen im Schlosskeller ist dieses Jahr mit einem Verlust zu rechnen. Die entstandenen Mehrkosten (ca. 40T€) wurden an die Universität gemeldet. Bisher gibt es keine offizielle Rückmeldung dazu. Mit einer Erstattung ist daher im laufenden Geschäftsjahr nicht zu rechnen. Der Schlossgarten kann durch Umbaumaßnahmen der Universität dieses Jahr nur eingeschränkt genutzt werden. Die Geschäftsführung rechnet mit einem Verlust.

Zum 603qm:

Der Übergabetermin für den 603qm Neubau wurde verschoben. Daher kann die geplante Neueröffnung des 603qm dieses Jahr nicht stattfinden. Erste Investitionen sollen trotzdem bereits im kleinen Café getätigt werden. (z.B. Kassensystem)

5.Antrag/Resolution zu TOP 9.1: Kailitz Resolution

„Der Wissenschaftler ist frei [...] in der Bewertung und Verbreitung seiner Forschungsergebnisse“

Antragssteller: Armin Alizadeh

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Am 10. Mai 2016 hat das Landgericht Dresden dem Antrag auf eine einstweilige Verfügung der NPD gegen Dr. Steffen Kailitz stattgegeben. Kailitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung der TU Dresden. In einem Artikel der ZEIT ONLINE vom 5. Mai 2016 äußert er sich wie folgt:

„Es gehört zu den Spielregeln der Demokratie, dass Parteien Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht beseitigen, wenn sie an die Regierung gelangen. Die NPD lässt jedoch in ihren Programmen keinen Zweifel daran, dass sie die demokratische Grundordnung Deutschlands durch eine völkische Diktatur ersetzen würde. Unmissverständlich plant sie rassistisch motivierte Staatsverbrechen. Sie will acht bis elf Millionen Menschen aus Deutschland vertreiben, darunter mehrere Millionen deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund. Erst durch die Vertreibung aller ethnischen Nichtdeutschen entsteht aus Sicht der NPD die herbeigesehnte "nationale und soziale Volksgemeinschaft".“

Nach dem Beschluss der Landgerichts Dresden darf Kailitz nun nicht mehr öffentlich oder in seinen Publikationen vertreten, dass die NPD „rassistisch motivierte Staatsverbrechen plane“ und „mehrere Millionen deutscher Staatsangehörige vertreiben“ wolle. Diese Äußerungen basieren auf jahrelanger Forschungsarbeiten im Bereich Extremismus und der NPD im Besonderen. Forschungsergebnisse öffentlich zu machen, gehört zu den Kernaufgaben von Wissenschaftler*innen. Selbstverständlich dürfen diese Forschungsergebnisse kritisiert und diskutiert werden. Die Veröffentlichung nun per richterlichen Beschluss zu verbieten, stellt jedoch einen unzulässigen Eingriff in die akademische Freiheit dar.

Skandalös scheint dieser Beschluss, betrachtet man den Kontext in dem er getroffen wurde. Kailitz trat im März als Sachverständiger im NPD Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht auf. Mit dem Beschluss des Landgerichts wurde ihm bei erneuter Publikation seiner Äußerungen ein Bußgeld von 250.000 € oder ersatzweise bis zu 2 Jahren Ordnungshaft angedroht. Der zuständige Richter Jens Maier ist Mitglied der AfD und eines der drei Mitglieder des Landesschiedsgerichts der Partei. Dem Antrag auf die einstweilige Verfügung gegen Kailitz wurde stattgegeben. Uns erscheint es nicht vertretbar, dass durch Beschluss die Meinungs-freiheit und die Freiheit der Forschung zu Gunsten der Befindlichkeit einer Partei beschnitten wird. Zudem werden hierdurch auch Kailitz Aussagen innerhalb des NPD- Verbotsverfahrens herabgestuft beziehungs-weise verhindert.

Das Studierendenparlament der TU Darmstadt zeigt sich schockiert über die Umstände der Entscheidung des Landgerichts Dresden und wertet ihn als Beschneidung der akademischen Freiheit von Kailitz. Fundierte Kritik an rechtsextremen Parteien muss weiterhin möglich sein.

Begründung:
erfolgt mündlich